



Kantonsrat

Sitzung vom: 16. März 2015, nachmittags
Protokoll-Nr. 128

Nr. 128**Resolution über einen grundsätzlichen Kurs- und Kulturwechsel im Kanton Luzern bezüglich des Umgangs und der Berücksichtigung der Luzerner Landgemeinden, die nicht am Ypsilon liegen. Kenntnisnahme**

Die Staatspolitische Kommission (SPK) unterbreitet dem Kantonsrat zu der am 8. September 2014 eröffneten Resolution des Gemeindeverbandes Regionalplanung Seetal folgenden Bericht vom 25. Februar 2015:

"1 Ausgangslage

Der Gemeindeverband Regionalplanung Seetal hat am 30. Juni 2014 bei der Staatskanzlei eine Resolution der Gemeinden des Regionalplanungsverbandes Seetal über einen grundsätzlichen Kurs- und Kulturwechsel im Kanton Luzern bezüglich des Umgangs und der Berücksichtigung der Luzerner Landgemeinden, die nicht am Ypsilon liegen, eingereicht. Die Petitionäre fordern Regierungsrat und Kantonsrat auf, die Strategie auf das Kerngeschäft, das Wohlergehen aller Bewohnerinnen und Bewohner und auf die Finanzierbarkeit auszurichten. Dafür sollen alle Gemeinden in die Entscheidungen miteinbezogen werden. Schliesslich werden die massive finanzielle Überbelastung der Gemeinden, die ausufernde Bürokratisierung und die laufenden Reformen und Projekte kritisiert.

Die Petition wurde mit Ratsbeschluss vom 8. September 2014 zur Vorbehandlung an die SPK überwiesen.

Anlässlich der Sitzung vom 5. Januar 2015 wurde eine Vertretung der Petitionäre vom Petitionsausschuss angehört. Gestützt auf diese Erkenntnisse wurde an der Sitzung vom 25. Januar 2015 vorliegender Bericht verabschiedet.

2 Allgemeine Feststellungen

Mit Petitionen können Anregungen, Vorschläge, Gesuche, Kritiken oder Beschwerden bezüglich eines persönlichen oder öffentlichen Anliegens eingebracht werden. Der Kantonsrat ist dabei an seine parlamentarischen Kompetenzen und Möglichkeiten gebunden. Die vorliegende Petition spricht zahlreiche Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden an. Das reicht von der Art und Weise der Kommunikation über generelle staatspolitische respektive organisatorische Fragen bis hin zu konkreten Problemstellungen in unterschiedlichen Sachbereichen. Insofern kann das Anliegen der Petitionäre nicht als solches aufgenommen werden. Vielmehr braucht es eine differenzierte Betrachtung.

3 Feststellungen und Folgerungen

Soweit konkrete Sachgeschäfte angesprochen werden, werden die Petitionäre aufgefordert die entsprechenden Haltungen im Rahmen von Vernehmlassungen einzugeben. Die betroffene Region kann zudem über die eigenen Kantonsrätinnen und Kantonsräte jederzeit entsprechende Vorstösse lancieren.

Die Staatspolitische Kommission sieht jedoch eine gewisse Gefahr, dass ein Graben zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden entstehen kann und beurteilt den Zusammenhalt zwischen den Regionen als wichtiges Element. Auch die Organisation der Zusammen-

arbeit kann hinterfragt werden, wobei insbesondere die Rolle von regionalen und überregionalen Organisationen angesprochen ist.

Vor allfälligen weiteren Schritten will die Kommission zusätzliche Abklärungen vornehmen, inwieweit sich die geschilderten Problemstellungen über den gesamten Kanton stellen und ob diesbezüglich konkreter Handlungsbedarf geortet werden kann.

4 Antrag an den Kantonsrat

Die SPK beantragt, die Petition im Sinne der vorgenannten Feststellungen und Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen."

Daniel Gloor, Präsident der SPK, erklärt, anlässlich der Anhörung hätten die Vertreter des Gemeindeverbandes Regionalplanung Seetal ihre Sorgen materiell wie auch emotional zum Ausdruck gebracht. Die SPK habe Verständnis bzw. teile die Sorge, dass eventuell ein Graben zwischen städtischen und ländlichen Regionen entstehen könne. Gleichzeitig weise die SPK auch auf die diversen politischen Instrumente, wie Vorstösse durch regionale Kantonsratsmitglieder, die Mitwirkung bei Vernehmlassungen wie auch das sich einbringen bei regionalen und überregionalen Organisationen hin. Zudem wolle die SPK abschätzen, ob es sich beim Anliegen um ein rein regionalspezifisches Problem handle oder die geschilderte Problematik für den ganzen Kanton Gültigkeit habe. Zu diesem Zweck wolle die neu konstituierte SPK weitere Abklärungen vornehmen.

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der SPK, die Petition im Sinn ihres Berichts zur Kenntnis zu nehmen, mit 90 zu 0 Stimmen zu.

Zustellung am 20. März 2015 an:

- Gemeindeverband Regionalplanung Seetal, Geschäftsstelle c/o Idee Seetal AG, Bellevuestrasse 27, Postfach 364, 6281 Hochdorf